

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 10.05.2012**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Wappensaal
Zeit:	16:34 Uhr bis 19:15 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ute Haupt
Herr Dr. Erwin Bartsch
Herr Dr. Mohamed Yousif
Herr Roland Hildebrandt
Herr Raik Müller
Herr Andreas Schachtschneider
Herr Robert Bonan
Frau Sabine Wolff
Frau Elisabeth Krausbeck
Herr Sven Weise
Frau Martina Grummisch
Herr Tobias Kogge
Herr Dr. Bernd Wiegand
Frau Petra Schneutzer
Frau Kerstin Riethmüller
Frau Annerose Winter
Frau Dr. Uta Schwarzer

Frau Dr. Annette Haring
Frau Andrea Simon
Frau Jasmine Chaghouri

Frau Dr. Christine Gröger

Herr Mamad Mohamad
Herr Manfred Czock
Frau Petra Tomczyk-Radji
Herr Christian Weinert

DIE LINKE – Ausschussvorsitzende
DIE LINKE
DIE LINKE
CDU
CDU
CDU
SPD
NEUES FORUM
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
LIGA
Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Beigeordneter
Beigeordneter
Beauftragte für Integration und Migration
Seniorenbeauftragte
Ressortleiterin Sozialamt
Ressortleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung
und Veterinärwesen
Ressortleiterin Gesundheitsamt
Führungsunterstützer SGB II Dezernat IV
Kordinatorin Gesunde Städte Projekt im Amt für Kinder, Jugend
und Familie
Ressortleiterin Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des
Gesundheitsamtes
SKE
SKE
SKE
SKE

Entschuldigt fehlen:

Frau Hanna Haupt
Herr Manfred Schuster
Frau Ute Borchert
Frau Brigitte Thieme
Frau Annette Wunderlich
Frau Dr. Jeannette Drygalla
Frau Susanne Wildner
Herr Hans-Günter Schneller
Herr Dr. Toralf Fischer
Frau Sylke Bühler

Frau Sylvia Tempel
Herr Norwin Dorn

SPD
DIE GRAUEN/Volkssolidarität
SKE
SKE
SKE
SKE
Gleichstellungsbeauftragte
Amtsleiter Sozialamt
Behindertenbeauftragter
Projektmanagerin für Sucht und andere
Gesundheitsgefährdungen
Geschäftsführerin Jobcenter Halle
Seniorenrat

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, stellte Frau Simon, als heutige Protokollführerin vor und bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Zustimmung zur Vorziehung der TOP 7. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle und 8. Bericht zum Stand Bildung und Teilhabe.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Somit wurde die geänderte Tagesordnung festgestellt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.2.2012 sowie der Austauschblätter und der Niederschrift vom 15.03.2012
4. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle
5. Bericht zum Stand Bildung und Teilhabe
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Kündigung der Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e. V. (LVG)
Vorlage: V/2012/10563
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Bewilligung vorzeitiger Maßnahmebeginne von Institutionen und Projekten im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern
Vorlage: V/2012/10456
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
- 9.1. Fortschreibung Psychiatrieplanung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10357

- 9.2. Gesundheitliche Situation der Bevölkerung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10402
- 9.3. Information zum Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale) - Berichterstattung: Frau Chaghouri
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.2.2012 sowie der Austauschblätter und der Niederschrift vom 15.03.2012

Herr Roland Hildebrandt, CDU Fraktion, bat um Änderung der Niederschrift vom 16.02.2012, Seite 7:

„**Herr Roland Hildebrandt, CDU- Fraktion**, widersprach Frau Krausbecks Darstellung und erklärte, dass es Aufgabe der Verwaltung sei zu begründen, warum sie trotz beanstandetem Haushalt 2011 Mittel für freiwillige Aufgaben ausgegeben hat.“

Frau Elisabeth Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte darauf aufmerksam, dass Frau Dr. Drygalla auf Seite 6 als sachkundige Einwohnerin der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM ausgewiesen wurde, richtig muss es lauten - Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Roland Hildebrandt, CDU-Fraktion bat um Änderung der Niederschrift vom 15.03.2012, Seite 8, unter 4.1.2 Untersetzung der Mittelreduzierung 5 nach den Ausführungen der Ressortleiterin, Frau Annerose Winter, Amt 50:

„**Herr Roland Hildebrandt, CDU – Fraktion**, sprach das als Tischvorlage ausgelegte Ergebnisprotokoll vom 22.10.2010 zwischen der Stadt Halle und dem Träger der Schöpfkelle (SKV) an. Darin sei vereinbart, dass bis zum Sommer 2011 der Träger ein Langfristkonzept vorlegt, wie es mit der Einrichtung weitergehen soll und ob der Träger ein langfristiges Interesse am Erhalt hat.“

Weitere Anmerkungen zu den Niederschriften und Austauschblättern gab es nicht.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung der Niederschriften vom 16.02.2012 und 15.03.2012 mit den entsprechenden Änderungen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt als Vertreter des Jobcenters, **Frau Heike Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle** und **Frau Martina Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle** und erteilte ihnen das Wort.

Frau Heike Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, informierte zum Stand der Arbeitslosigkeit Monat April 2012. Die Daten des Kreisreportes der Bundesagentur für Arbeit wurden den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. Die Arbeitslosigkeit ist im

Verhältnis zum Vormonat leicht zurückgegangen. Als gut gelungen wird die weitere Senkung der Arbeitslosigkeit im Bereich der Jugendlichen bewertet. **Frau Schmied** erläuterte, dass im Bereich der Schwerbehinderten ein Zuwachs zu verzeichnen ist. Deshalb wird hier eine gezielte Beratung vorgenommen und eine Jobinitiative initiiert, um besonders Arbeitgeber anzusprechen. Bei der Frühjahrsbelegung geht man davon aus, dass sich diese bis zum Sommer fortgesetzt.

Frau Martina Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, informierte über den aktuellen Stand der vorliegenden Anträge auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket. Sie teilte dazu mit, dass kumulativ bis zum 30.04.2012 - 20.610 Anträge für 7.422 Kinder vorliegen. Davon wurden 13.610 bewilligt, 1.328 Anträge abgelehnt, Versagungen erfolgten bei 1.112 Anträgen, Verzicht bei 247 Anträgen und Weiterleitung an das Sozialamt oder Leistungsteams des Jobcenters in einem Umfang von 3.551 Anträgen. Die Statistik wurde den Mitgliedern des Ausschusses übergeben.

zu 5 Bericht zum Stand Bildung und Teilhabe

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat **Frau Simon** um den Bericht zum Bildungs- und Teilhabepaket, um daran anschließend Fragen zu beiden Berichten seitens der Ausschussmitglieder zu behandeln.

Frau Andrea Simon, Führungsunterstützer SGB II aus dem Dezernat für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung berichtete das zum Stand Januar bis April 2012, bezogen auf Anspruchsberechtigte aller Rechtskreise, in der Stadt Halle 7.567 Anträge vorliegen. Die Antragsentwicklung, der Stand Einnahmen und Ausgaben im Jahr 2012 wurden schriftlich an die Ausschussmitglieder übergeben.

Sie stellte weiterhin dar, dass in der Stadt Halle von einer soliden Inanspruchnahme ausgegangen werden kann. Auch in 2012 sind besonders die Teilnahme am gemeinschaftlichen Mittagessen an Schulen und in Kindertageseinrichtungen sowie die Übernahme der Mehraufwendungen für Klassenfahrten und Ausflüge nachgefragt. Hier setzt sich die Entwicklung aus dem Jahr 2011 weiterhin fort. **Frau Simon** informierte, dass die weiteren Schwerpunkte in 2012 bei der Information der Eltern und Kinder zu den Angeboten, vor allem im Freizeitbereich, liegen. Die Rechtskreise sind aufgefordert ihr Beratungsangebot zu prüfen und gegebenenfalls Ressourcen zu klären. Bis Ende Mai soll dieser Prozess abgeschlossen sein. Diesbezüglich werden die Möglichkeiten der Beratung und der Öffentlichkeitsarbeit immer wieder neu durchdacht. Schriftliche Informationen sind hier allein nicht ausreichend, das direkte Gespräch ist erforderlich. Mit dem weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit werden günstigere Möglichkeiten der Kommunikation mit den Kindern, Jugendlichen und Eltern gesehen. Das Jugendamt hat nach dem Stadtratsbeschluss alle Rechtskreise über das Verfahren der Umsetzung von Schulsozialarbeit in Kenntnis gesetzt, so dass perspektivisch auf kurzem Wege Absprachen möglich sein werden.

Frau Simon ging darauf ein, dass nach einem Jahr der Umsetzung von Bildung und Teilhabe als Fazit eingeschätzt werden kann, der Aufwand zur Umsetzung ist sehr hoch, bei der Inanspruchnahme hat es seitens des BMAS andere Erwartungen gegeben. Mit den derzeit bestehenden Voraussetzungen zur Inanspruchnahme und dem Gesamtverfahren wird eine erhebliche Steigerung der Inanspruchnahme als nicht realistisch gesehen, für einige Leistungsanbieter ist das Verfahren nicht leistbar.

Frau Simon informierte zu bisherigen Aktivitäten im Jahr 2012. Die Arbeitsgruppe BuT auf Landesebene hat am 18.04.2012 getagt. Gemeinsam mit der Stadt Magdeburg hat es im Februar einen Erfahrungsaustausch zur Umsetzung von Bildung und Teilhabe gegeben. Beide Städte haben eine Überarbeitung des Formulars „Bestätigung der Schule für eine angemessene und zusätzliche Lernförderung“ angeregt und einen Vorschlag an das Ministerium für Arbeit und Soziales LSA mit der Bitte um Abstimmung mit dem Kultusministerium übergeben. Die Arbeitsgruppe BuT der Stadt Halle ist im Jahr 2012 zu

einer quartalsweisen Beratungsfolge übergegangen. Nach Einschätzung des zuständigen Ministeriums LSA wurden in 2011 30 % der vorhandenen Mittel für BuT gewährt. Die Schwankungen zwischen den Kommunen liegen nach Einschätzung des Ministeriums zwischen 22% und 36 %. Die Stadt Halle hat sowohl im SGB II Bereich als auch bei KIZ und Wohngeld 34 % ausgezahlt.

Frau Ute Haupt Vorsitzende des Ausschusses, dankte den Vertretern des Jobcenters und Frau Simon für die Ausführungen und bat nunmehr Fragen zu stellen.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, fragte nach den Bearbeitungszeiten für Angebote BuT Lernförderung. Hier sind ihr kritische Hinweise bekannt, die auf eine lange Bearbeitungszeit bei der Bewilligung von Lernförderung hinweisen.

Frau Andrea Simon, Führungsunterstützer SGB II aus dem Dezernat für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, teilte hierzu mit, dass es im Jahr 2011 durchaus zu längeren Bearbeitungszeiten aufgrund der Gesamtsituation kam. Im Jahr 2012 kann dies so nicht bestätigt werden. Gerade im Bereich der Lernförderung kann es jedoch aufgrund der fehlenden Voraussetzungen, Bestätigungsformular der Schule fehlt, dazu führen, dass keine umgehende Bearbeitung erfolgen kann. Bei Problemen kann man sich gern direkt an Frau Simon wenden, um dann kurzfristig eine Klärung mit dem entsprechenden Leistungsbereich herbeizuführen.

Herr Manfred Czock, sachkundiger Einwohner CDU Fraktion, fragte, bezogen auf den Personenkreis der Schwerbehinderten nach, inwieweit eine Zusammenarbeit mit dem Integrationsamt erfolgt und damit auch günstigere Voraussetzungen für eine Integration von Schwerbehinderten geschaffen werden können. Ihm sind Möglichkeiten aus eigener Erfahrung bekannt, so beispielsweise die Bereitstellung finanzieller Mittel um eine Integration von schwerbehinderten Personen zu ermöglichen.

Frau Heike Schmied, Bereichsleiterin des Jobcenters Halle, führte dazu aus, dass es bestehende Netzwerke seitens des Arbeitgeberserviceteams gibt und entsprechende Kontaktstellen für den Personenkreis vorhanden sind.

Herr Dr. Mohamed Yousif, Fraktion DIE LINKE, fragte nach einer Begründung der Entwicklung arbeitsloser Ausländer im Zeitraum vom Dezember 2011 zum April 2012, hier ist ein Anstieg von 40 Personen ersichtlich.

Frau Heike Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, teilte dazu mit, dass es bezogen auf die Personenkreise Jugendliche, Ältere und Ausländer mitunter problematisch ist, da es hier teilweise nur zu befristeten Arbeitsverhältnissen kommt oder die Tätigkeit im Billiglohnsektor angesiedelt ist. Damit bleiben die Personen Aufstocker. Hier ist viel Bewegung zu verzeichnen.

Frau Petra Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, fragte warum die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften geringer als die im Kreisreport ausgewiesene Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist und zum aktuellen Stand Bürgerarbeit in der Stadt Halle.

Frau Heike Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, erläuterte zu den Zahlen aus dem Kreisreport, dass in einer Bedarfsgemeinschaft mehrere erwerbsfähige Leistungsberechtigte leben können, deshalb ist hier eine Differenz zwischen der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ersichtlich. Zur Bürgerarbeit teilte **Frau Schmied** mit, dass in Halle derzeit Restplätze zu besetzen sind durch ausgeschiedene Arbeitnehmer. Sie verwies auf die Situation beim Stadtsportbund,

aufgrund der Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes ist hier die Situation kritisch, die Zahlung muss nach Tarif erfolgen. Seitens des Jobcenters läuft eine Anfrage beim Bundesverwaltungsamt hinsichtlich der Möglichkeit eines Trägerwechsels, bisher steht die Rückantwort noch aus.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um weitere inhaltliche Ausführungen zum Stand Bürgerarbeit in der nächsten Ausschusssitzung.

Herr Raik Müller, CDU-Fraktion, fragte nach der Anzahl der Mitarbeiter die in den Teams Bildung und Teilhabe im Jobcenter und Sozialamt tätig sind.

Frau Martina Grummisch, Bereichsleiterin des Jobcenters Halle, führte dazu aus, dass im Team im Jobcenter derzeit 13 Mitarbeiter einschließlich des Teamleiters sowie zwei befristete Mitarbeiter, tätig sind. Die befristeten Mitarbeiter sind mit der manuellen Übertragung mehrerer tausend Datensätze in eine neue Datenbank sowie der Bearbeitung des Angebotes gemeinschaftliches Mittagessen beauftragt.

Frau Annerose Winter, Ressortleiterin des Sozialamtes, informierte, dass 4 Mitarbeiter im Sozialamt für die Bearbeitung tätig sind.

zu 6 Beschlussvorlagen

**zu 6.1 Kündigung der Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der
Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e. V. (LVG)
Vorlage: V/2012/10563**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, erteilte dazu **Herrn Dr. Bernd Wiegand Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit** das Wort.

Herr Dr. Bernd Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, führte aus, dass die Vorlage seitens der Verwaltung zurückgezogen wird. Durch Frau Oberbürgermeisterin ist vorgesehen, eine einheitliche Vorlage aller Dezernate zu erarbeiten und diese erneut einzureichen.

Beschluss: **Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.**

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur
Bewilligung vorzeitiger Maßnahmebeginne von Institutionen und
Projekten im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern
Vorlage: V/2012/10456**

Frau Elisabeth Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab Erläuterungen zum Antrag. Sie erklärte, dass es sich um den Antrag aus der Ausschusssitzung Februar handelt. Er wurde in der Stadtratssitzung März erneut in den Ausschuss verwiesen. Die Situation der Träger hat sich nicht verbessert. Es stehen keine kommunalen Mittel zur Verfügung und damit auch keine Landesmittel zur Fortsetzung von Projekten. Die erforderliche Beteiligung der Kommune sollte nicht ausbleiben. Ziel ist die Erteilung des vorzeitigen Maßnahmebeginns, nicht unbedingt zu 100 %, diese Prüfung wäre Verwaltungshandeln. Es sollte für die Träger eine entsprechende Lösung geben und ein Signal des Stadtrates.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, erläuterte den Antrag für Ihre Fraktion DIE LINKE. Sie machte deutlich, dass ein durch den Stadtrat bestätigter Haushalt vorliegt,

die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes steht noch aus, aber es ist eine bessere Situation. Sie wies darauf hin, dass die Vereine auch präventive Arbeit leisten, deshalb ist eine Entscheidung wichtig, damit nichts wegbreicht. **Frau Haupt** verwies darauf, dass Frau Wildner derzeit erkrankt ist und ein Vertreter des Dezernates I ist nicht anwesend.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, teilte mit, dass ihm nicht bekannt ist, inwieweit die Träger einen Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn gestellt haben.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER-NEUES FORUM, bestätigte das dies erfolgt sei.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte dazu, dass gegebenenfalls bis zum Finanzausschuss eine Antwort zu prüfen ist, inwieweit Abschlagszahlungen erfolgen könnten.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, machte deutlich, dass heute zum Antrag eine Entscheidung getroffen werden muss.

Herr Raik Müller, CDU-Fraktion, sagte, dass für ihn die Formulierung, Frau Oberbürgermeisterin muss Projekte sicherstellen, schwierig ist. Frau Oberbürgermeisterin kann dies nicht sicherstellen, sie kann über einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn entscheiden. **Herr Müller** verwies darauf, dass gegebenenfalls die Formulierung geändert werden sollte, dann könnte er eventuell zustimmen. Für Herrn Müller stellte sich auch die Frage nach den anderen Projekten im Bereich Soziales und Sport usw., warum werden diese nicht aufgenommen.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, teilte in diesem Zusammenhang mit, dass im Jugendhilfebereich der Antrag vorbereitet ist und theoretisch eine Freigabe von 50 % möglich ist.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER-NEUES FORUM, ergänzte dazu, dass im Jugendhilfebereich die Entscheidung getroffen ist. Die Weibernetzwerk ist beispielsweise das einzige Frauenzentrum im südlichen Sachsen-Anhalt, der Saalekreis beteiligt sich hier, die Situation ist problematisch. Die Beantragung des vorzeitigen Maßnahmebeginns liegt in Verantwortung der Träger.

Frau Elisabeth Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies darauf, dass im Bereich Gleichstellung kein vorzeitiger Maßnahmebeginn gewährt wird, außer für Wildwasser e.V., deshalb bezieht sich der Antrag auf diesen Bereich und zum Erhalt der Landesfördermittel.

Herr Raik Müller, CDU-Fraktion, stellte erneut die Frage zur Formulierung, warum Sicherstellung der Projekte seitens der Oberbürgermeisterin.

Herr Roland Hildebrandt, CDU-Fraktion, geht darauf ein, dass der Haushalt 2012 noch nicht genehmigt ist, diesbezüglich hat sich nichts zu den Vorjahren geändert und Frau Oberbürgermeisterin kann deshalb keine Entscheidung treffen. Er fragt die Verwaltung an, inwieweit Frau Oberbürgermeisterin nicht in Widerspruch gehen müsste.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, nimmt die Anfrage mit, eine Antwort erfolgt gegebenenfalls vor dem nächsten Finanzausschuss.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER-NEUES FORUM, teilte dazu mit, dass dann viele Projekte nicht umgesetzt werden könnten, wenn das Verfahren rechtlich so nicht in Ordnung sein sollte.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, verwies darauf, als Fazit bleibt es bei der Antragstellung und Abstimmung im Ausschuss. Die Vorsitzende bat um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

**6 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen**

Beschlussvorschlag:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die von Institutionen und Projekten~~ **Der Stadtrat fordert die Oberbürgermeisterin auf, die Fortführung der Projekte** im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern **im Jahr 2012 sicherzustellen, um den möglichen Erhalt jeweils beantragter Landesfördermittel nicht zu gefährden.** ~~fristgerecht beantragten vorzeitigen Maßnahmenbeginn zu dem jeweils von den AntragstellerInnen beantragten Zeitpunkt zu bewilligen.~~

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine Anfragen von Stadträten vor.

zu 9 Mitteilungen

**zu 9.1 Fortschreibung Psychiatrieplanung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10357**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte **Frau Dr. Annette Haring, Ressortleiterin Sozialpsychiatrischer Dienst, Gesundheitsamt der Stadt Halle** und bat sie um ihre Ausführungen zur Fortschreibung der Psychiatrieplanung in der Stadt Halle. Die Ausführungen sind dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte **Frau Dr. Haring** für die Ausführungen und bat um Fragestellungen seitens der Ausschussmitglieder.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER-NEUES FORUM, ging darauf ein, dass die letzte Fortschreibung vor 6 Jahren erfolgte. Sie bat um Änderung des Deckblattes der Vorlage, da als Beratungstermin im Ausschuss der 16.02. 2012 ausgewiesen ist, aber im Februar keine Behandlung der Vorlage erfolgte. **Frau Wolff** fragte nach, warum Psychiater zum Teil keine Kinder und Jugendlichen aufnehmen, woran liegt das. Die einzigen stationären Bereiche in Halle für den Personenkreis sind das St. Elisabeth – und St. Barbara Krankenhaus.

Frau Dr. Annette Haring Ressortleiterin Sozialpsychiatrischer Dienst, Gesundheitsamt erläuterte das nach Erwachsenen-und Kinderpsychiatrie unterschieden wird und ein Psychiater für Erwachsene keine Kinder aufnimmt, da es hier tatsächlich auch Unterschiede gibt.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER-NEUES FORUM, fragte nach, wie die geminderte Versorgung begründet werden kann.

Frau Dr. Annette Haring Ressortleiterin Sozialpsychiatrischer Dienst, Gesundheitsamt führte dazu aus, dass dies aus städtischer Sicht nicht beantwortet werden kann.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, ging in diesem Zusammenhang darauf ein, das dazu eine Beratung mit dem kassenärztlichen Dienst erforderlich wäre, da hier die Zuständigkeit liegt.

Frau Petra Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, dankte zunächst für die Zusammenfassung und Erläuterungen zur Psychiatrieplanung. Sie informierte, dass die AG Angehörige für psychisch Kranke in Halle sehr nachgefragt ist, Flyer dazu sind vorhanden. Sie fragt nach, inwieweit eine Vernetzung zum Kinder-und Familienprojekt „Seelensteine“ besteht. Desweiteren fragte **Frau Tomczyk-Radji**, seit wann manisch Erkrankte als bipolare Erkrankte bezeichnet werden.

Frau Dr. Annette Haring, Ressortleiterin Sozialpsychiatrischer Dienst, Gesundheitsamt erläuterte dazu, eine Vernetzung mit dem genannten Projekt erfolgt seit einem längeren Zeitraum, das Projekt wendet sich an Kinder psychisch kranker Eltern, es wird direkt Eltern empfohlen. Seit wann exakt manisch Erkrankte als bipolar Erkrankte bezeichnet werden, kann **Frau Dr. Haring** nicht sagen, es handelt sich auf jeden Fall um einen längeren Zeitraum.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, ging auf die Ausführungen von **Frau Dr. Haring** ein, zu der Problematik von Angeboten des Trägers Labyrinth e.V. für psychisch kranke Menschen an den Wochenenden und Feiertagen.

Herr Kogge sieht hier ein finanzrechtliches Problem. Es kann nicht sein, dass der Haushalt des Sozialbereiches belastet wird, obwohl andere Zuständigkeiten, die der Krankenkassen, gegeben sind. Die Krankenkassen haben sich an den Kosten zu beteiligen oder der Sozialbereich muss diese streichen.

Herr Dr. Mohamed Yousif, Fraktion DIE LINKE, fragte, zur Psychiatrieplanung Seite 80, wird der Punkt Ausländer behandelt. Diesbezüglich möchte er gern wissen, inwieweit es eine Statistik über psychisch kranke Migranten gibt und gegebenenfalls in dieser Hinsicht finanzielle Probleme. Weiterhin fragte er nach, wie viel Mitarbeiter arbeiten im Psychosozialen Zentrum in Halle.

Frau Petra Schnetzer, Beauftragte für Migration und Integration, erörterte, dass das Psychosoziale Zentrum für den Raum Halle/Magdeburg tätig ist, hier wird ein Dolmetscherpool eingesetzt. Die Dolmetscherleistungen sind keine Leistungen die die Krankenkassen übernehmen. Es gibt eine Warteliste die 20 Personen in Halle umfasst.

Frau Dr. Annette Haring Ressortleiterin Sozialpsychiatrischer Dienst, Gesundheitsamt teilte mit, es gibt keine genauen Zahlen für den Bereich der Migranten. Es sind wenig therapeutische Angebote für Migranten vorhanden. Mit dem Psychosozialen Zentrum gibt es eine gute Zusammenarbeit.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, ging auf die Problematik von Ärzten im Kinder und Erwachsenenbereich sowie der Beratungsstelle Gerontopsychiatrie in den Stadtbezirken ein, hier ist ersichtlich, dass mehr in den Stadtbezirken zu wirken ist. Deshalb fragte sie nach, ob es angedacht ist auf Basis der Sozialräume zu arbeiten. **Frau Haupt** ging auf die Diskussion im Ausschuss zur Psychiatrieplanung ein und hebt im Ergebnis hervor, dass kürzere Berichtszeiten erwartet werden.

Frau Dr. Annette Haring Ressortleiterin Sozialpsychiatrischer Dienst, Gesundheitsamt antwortete dazu, dass es bisher hinsichtlich der Gliederung nach Stadtbezirken noch keinen konkreten Plan gibt, bekannt ist das der AK Gerontopsychiatrie daran arbeitet.

Frau Elisabeth Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hatte eine formale Anfrage ob der Bericht auch im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden soll.

Frau Dr. Uta Schwarzer, amtierende Amtsleiterin des Gesundheitsamtes teilte dazu mit, dass es eine Anfrage aus dem Jugendhilfeausschuss diesbezüglich gegeben hat, diese wurde aufgenommen und die Bereitschaft zur Berichterstattung erklärt.

Herr Sven Weise, Vorsitzender der LIGA der Träger der freien Wohlfahrtspflege in der Stadt Halle bat um Rederecht.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, ließ dazu abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Rederecht erteilt

Herr Sven Weise, Vorsitzender der LIGA der Träger der freien Wohlfahrtspflege in der Stadt Halle, ging auf die Erläuterungen des **Beigeordneten für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung** zum Wirken des Trägers Labyrinth e.V. ein und machte deutlich, dass hier vordergründig an die Klienten gedacht werden sollte. Weiterhin erläuterte er aus seiner eigenen Erfahrung als Geschäftsführer der Krebsgesellschaft Sachsen Anhalt, dass die psychisch-onkologische Versorgung problematisch ist, es an Psycho-Onkologen fehlt und diese überfordert sind. Hilfe ist in diesem Bereich besonders für die Eltern notwendig.

Herr Robert Bonan, SPD-Fraktion, ging darauf ein, dass die Wartezeiten sehr problematisch sind. Er fragte nach, in welcher Weise die Stadt darauf Einfluss hat oder welche weiteren Möglichkeiten gesehen werden.

Frau Dr. Annette Haring Ressortleiterin Sozialpsychiatrischer Dienst, Gesundheitsamt führte dazu aus, dass die Kassenärztliche Vereinigung für das Problem der langen Wartezeiten kein Gehör hat. Die Kassenärztliche Vereinigung bleibt bei dem Schlüssel der Versorgung nach Einwohnern. Die Stadt hat hier keine Einflussmöglichkeiten.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, ergänzte dazu, dass der Sachstand eventuell über Bundestags- und Landtagsabgeordnete eingebracht werden sollte bzw. an diese herangetragen werden sollte.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER-NEUES FORUM, gab als Anregung, bei der Berichterstattung im Jugendhilfeausschuss die Unterversorgung im Kinder- und Jugendbereich zu berücksichtigen. Sie macht jedoch deutlich, dass die Versorgung in Halle noch als gut bewertet werden muss, es sind aus anderen Bundesländern Wartezeiten von bis zu zwei Jahren bekannt.

Frau Dr. Annette Haring Ressortleiterin Sozialpsychiatrischer Dienst, Gesundheitsamt ergänzte dazu, dass Deutschland die höchste Anzahl von Psychotherapeuten vorhält.

Frau Elisabeth Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, warum es eine zahlenmäßige Begrenzung von Ärzten gibt.

Frau Dr. Annette Haring Ressortleiterin Sozialpsychiatrischer Dienst, Gesundheitsamt antwortete dazu, dass an der Bemessung nach Einwohnern festgehalten wird.

Frau Elisabeth Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sieht die Angebote des Trägers Labyrinth e.V. als positiv. Sie hat hierzu eine andere Sichtweise als Herr Kogge. Sie geht darauf ein, dass in 2006 zum Bericht auch Handlungsempfehlungen beschlossen wurden und möchte gern wissen, warum dies nicht für 2012 vorgesehen ist.

Frau Dr. Uta Schwarzer, amtierende Amtsleiterin des Gesundheitsamtes erörterte dazu, dass sich das Gesundheitsamt in Abstimmung mit dem Dezernat eng an den Beschlusspunkt 5 aus 2006 gehalten hat, der die Berichterstattung vorsieht. Die Handlungsempfehlungen sind für die Politik.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung führte aus, dass zukünftig mehr Druck durch die örtliche Ebene auf die Krankenkassenärztliche Vereinigung erforderlich sei, auch wenn dies schwierig ist. Gegebenenfalls ist dies über die zuständigen Ministerien notwendig. Der Träger Labyrinth e.V. leistet eine gute Arbeit, aber wenn andere Systeme dies nutzen und sparen, kann die

Zuständigkeit nicht bei der Stadt liegen. Es ist ihm bekannt, dass die Krankenkassen Verhandlungen aufgenommen haben.

Frau Dr. Annette Haring Ressortleiterin Sozialpsychiatrischer Dienst, Gesundheitsamt erläuterte zu den Angeboten am Wochenende, dass es in den Kliniken eine Notversorgung gibt, das Angebot von Labyrinth ist niederschwellig und damit für Betroffene besser annehmbar.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung antwortete dazu, dass das aber nicht das Problem der Stadt sein kann.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bedankte sich für die Ausführungen und Erörterungen der Fragen bei **Frau Dr. Haring**. Sie verwies darauf, dass der Wille der Ausschussmitglieder deutlich geworden ist, in kürzeren Abständen eine Berichterstattung vorzunehmen.

Beschluss: zur Kenntnis genommen

zu 9.2 Gesundheitliche Situation der Bevölkerung in der Stadt Halle (Saale) **Vorlage: V/2012/10402**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte zu diesem TOP

Frau Dr. Christine Gröger, Ressortleiterin Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes und erteilte ihr das Wort.

Die Ausführungen sind dem Protokoll als **Anlage 2** beigelegt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte Frau Dr. Gröger für ihre Ausführungen und bat die Mitglieder des Ausschusses um ihre Fragen.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER-NEUES FORUM, wies auf den Beschluss zu den Zahnrettungsboxen hin. Die Versorgung der Förderschulen soll jedoch nicht bedacht worden sein.

Frau Dr. Christine Gröger, Ressortleiterin Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes antwortete dazu, dass eine Zahnrettungsbox zwischen 9,00 – 11,00 Euro kostet und diese Kosten möchte niemand übernehmen. Seitens der Krankenkassen wurden einige Zahnrettungsboxen gesponsort, aber diese sind ausschließlich für die Grundschulen auskömmlich, daher konnte keine Versorgung an den Förderschulen erfolgen.

Frau Petra Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, fragte zum Stand der Zahngesundheit bei Kindern an den Grund- und weiteren Schulen der Stadt Halle.

Frau Dr. Christine Gröger, Ressortleiterin Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes erläuterte dazu, dass die Werte an den Grundschulen als gut eingeschätzt werden können. An den Förderschulen sind die Werte schlechter, was auch auf mangelndes Hygienebewusstsein im Elternhaus zurückzuführen ist. Bei den 0-3 Jährigen ist ein Anstieg des sogenannten „Nuckelflaschen – Karies“ festzustellen.

Frau Petra Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, fragte nach der AIDS Prävention, wo es dort Schnittpunkte gibt.

Frau Dr. Christine Gröger, Ressortleiterin Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes führte dazu aus, dass es mit dem Koordinierungskreis AIDS eine Zusammenarbeit gibt und auch gemeinsame Aktionen.

Frau Petra Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, fragte nach, inwieweit es noch ein Problem flächendeckend mit Läuse gibt.

Frau Dr. Christine Gröger, Ressortleiterin Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes teilte dazu mit, dass es an den Schulen Interventionspläne gibt und man von einem flächendeckenden Problem nicht mehr ausgehen kann, das Auftreten von Läuse ist drastisch zurückgegangen.

Frau Petra Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, fragte nach der Entwicklung chronischer Bronchitis im Umfeld der ehemaligen Chemiewerke, inwieweit es hier Erkenntnisse gibt.

Frau Dr. Christine Gröger, Ressortleiterin Kinder-und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes der Stadt Halle, führte dazu aus, dass bei den heutigen Erwachsenen dies sichtbar ist.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, ging ausgehend von den bisherigen Erläuterungen, auf die Situation Zahnrettungsboxen an Schulen ein. Gerade für die Schüler an den Förderschulen, wo ausgeführt wurde dass es ein fehlendes Hygienebewusstsein gibt, sind keine vorhanden, das sei ihm unverständlich. **Herr Schachtschneider** möchte Auskunft zur Anzahl der erforderlichen Zahnrettungsboxen.

Frau Dr. Christine Gröger, Ressortleiterin Kinder-und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes konnte dazu mitteilen, dass insgesamt eine Anzahl von 200 Boxen erforderlich ist.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte nach den Gesundheitskonferenzen, ob diese noch umgesetzt werden.

Frau Dr. Christine Gröger, Ressortleiterin Kinder-und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes erläuterte dazu dass die Gesundheitskonferenzen in den Bereichen Kindergesundheit und Seniorengesundheit stattgefunden haben, von weiteren ist ihr nichts bekannt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte weiterhin, es wird über übergewichtige Kinder und den Folgen berichtet, wie verhält es sich mit untergewichtigen Kindern, tritt dieses Problem nicht häufiger auf.

Frau Dr. Christine Gröger, Ressortleiterin Kinder-und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes informierte dazu, dass dies zum Teil Formen von Vernachlässigung sind, diese sind schwer zu filtern. Deshalb können dazu keine näheren Aussagen getroffen werden.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER-NEUES FORUM, fragte nach der Besetzung des Gesundheitsamtes mit Ärzten.

Frau Dr. Christine Gröger, Ressortleiterin Kinder-und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes führte dazu aus, dass im Ressort 4 Zahnärzte für 30 Stunden/Woche und 1 Zahnarzthelferin tätig sein.

4,5 Arztstellen sind vorhanden, aber nicht voll besetzt, es gibt Nachbesetzungsprobleme.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER-NEUES FORUM, fragte nach, inwieweit es eine Zahnvorsorge gibt.

Frau Dr. Christine Gröger, Ressortleiterin Kinder-und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes bestätigte dies, es wird Zahnvorsorge, beispielsweise in Form von Putzübungen, an den Schulen umgesetzt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte **Frau Dr. Gröger** für die Ausführungen und Beantwortung der Fragen. Perspektivisch werden die Berichterstattungen im Themenspeicher aufgenommen.

Beschluss: zur Kenntnis genommen

zu 9.3 Information zum Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale) - Berichterstattung: Frau Chaghouri

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte zu diesem TOP **Frau Chaghouri, Koordinatorin Gesunde Städte-Projekt Halle im Amt für Kinder, Jugend und Familie** und erteilte ihr das Wort.
Die Ausführungen sind dem Protokoll als **Anlage 3** beigelegt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte **Frau Chaghouri**, für ihre Ausführungen und ihr Engagement und bat die Mitglieder des Ausschusses um ihre Fragen. **Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER-NEUES FORUM**, ging auf den Sachstand hinsichtlich der Kündigungen von Mitgliedschaften ein und wollte die Auswirkungen zur Kündigung bei diesem Projekt erfahren.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, führte dazu aus, dass die Beigeordnetenkonferenz am 08. Mai die Kündigung nicht bestätigt hat, damit bleibt es bei dieser Mitgliedschaft. Er informierte, dass es für den Zeitraum von zwei Jahren eine Beitragsfreiheit gibt.

Frau Elisabeth Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach der Höhe des Mitgliedsbeitrages.

Frau Chaghouri, Koordinatorin Gesunde Städte-Projekt Halle im Amt für Kinder, Jugend und Familie, konnte dazu mitteilen, dass der jährliche Beitrag 500 Euro umfasst.

Frau Petra Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, stellte fest, dass hier eine hervorragende Arbeit geleistet wird, aber die Stelle war auf 25 % gekürzt worden, der AK Frauen und Gesundheit ist in der Silberhöhe derzeit ruhend, hier gab es eine Reihe von Aktionen die gestaltet wurden. Sie fragte nach der Finanzierung von Aktionen im Projekt.

Frau Chaghouri, Koordinatorin Gesunde Städte-Projekt Halle im Amt für Kinder, Jugend und Familie, konnte aus den Erfahrungswerten dazu informieren, dass die Dinge sich gut entwickelt haben und heute zusammengefloßen sind, deshalb gibt es eine gute Grundlage für Aussagen aus den Berichten. **Frau Chaghouri** ging darauf ein, dass man durchaus eine gemeinsame Prioritätenliste erarbeiten kann, durch die jahrelange Arbeit gibt es eine gute Argumentation gegenüber Geldgebern, auch überregional, die man direkt ansprechen kann. Sie ging als Beispiel auf die Zahnrettungsboxen ein, hier sollte man gemeinsam vorgehen, sich stärker in der Verwaltung vernetzen und in dieser Richtung Absprachen treffen.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER-NEUES FORUM, fragte nach, wo das Gesundheitsmanagement angegliedert ist.

Frau Chaghouri, Koordinatorin Gesunde Städte-Projekt Halle im Amt für Kinder, Jugend und Familie informierte dazu, dass das Gesundheitsmanagement nach innen gerichtet ist und beim Personalamt angegliedert ist.

Frau Petra Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, äußerte zu diesem Thema, dass die Verwaltung gut beraten ist die Gefährdungs- und Belastungsanalysen zu prüfen. Sie dankte **Frau Chaghouri** für die positiven Leistungen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte **Frau Chaghouri** für ihre Ausführungen und die Beantwortung der Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, informierte zum Punkt Mitteilungen, dass für die Ausschussmitglieder der aktuelle Themenspeicher ausgelegt wurde. Weiterhin wurde die Anregung von Frau Tomczyk-Radji aufgenommen und geprüft im Mehrgenerationenhaus Halle-Neustadt eine Sitzung durchzuführen, avisiert ist dies für die Sitzung November 2012. Die Beantwortung der Anfrage von Frau Tomczyk-Radji zum Sozialkaufhaus lag allen Mitgliedern des Ausschusses vor. **Frau Ute Haupt** wies darauf hin, dass die Behandlung der Fördermittelvorlage in der Junisitzung erfolgt. Desweiteren informierte sie, dass bezüglich der Kosten der Unterkunft ein schlüssiges Konzept erarbeitet wird, dass Ergebnis wird im Ausschuss vorgestellt.

Frau Elisabeth Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, wie es sich mit der Fördermittelvorlage verhält, da die Genehmigung des Haushaltes durch das Landesverwaltungsamt noch aussteht.

Frau Annerose Winter, Ressortleiterin Sozialamt, informierte in diesem Zusammenhang, dass die Vorlage entsprechend des Haushaltansatzes, aber unter Vorbehalt erarbeitet wird und zu behandeln ist.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine mündlichen Anfragen.

zu 11 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, erklärte den öffentlichen Teil der Sitzung für beendet.

Für die Richtigkeit:

Datum: 25.05.12

Andrea Simon
Protokollführerin

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende